

## Beschluss Grün denken, vor Ort handeln.

Gremium: Landesparteitag  
Beschlussdatum: 07.10.2023  
Tagesordnungspunkt: 6. Kommunalwahlprogramm

### Antragstext

#### 1 Einleitung

In den Städten, Gemeinden und Landkreisen wird Politik konkret gestaltet und erlebt. Hier begegnen uns die Herausforderungen ganz handfest, hier laufen Probleme auf und werden gelöst. Im Angesicht des demografischen Wandels und den sich verändernden klimatischen Bedingungen sieht sich Sachsen-Anhalt vor Herausforderungen, die nur durch eine vorausschauende und ganzheitliche Kommunalpolitik bewältigt werden können. Dafür treten wir Bündnisgrüne in Sachsen-Anhalt zur Kommunalwahl 2024 an.

Mit diesem Rahmenprogramm zur Kommunalwahl legen wir einen umfassenden Plan vor, wie wir lebenswerte Städte und gesunde Gemeinden schaffen, die den Menschen in all ihren Lebensbereichen gerecht werden. Von der Bewältigung des demografischen Wandels über den Ausbau erneuerbarer Energien bis hin zur Schaffung nachhaltiger Verkehrslösungen – unsere Vision ist es, Kommunen zu schaffen, die resistent gegen die klimatischen Veränderungen sind und gleichzeitig sozial gerecht, vielfältig und inklusiv sind. In ländlichen Räumen von Sachsen-Anhalt wird ein spürbarer Rückgang der Einwohner\*innenzahl bis 2035 erwartet. Dies hat Auswirkungen auf Bildung, Infrastruktur, soziale Dienste und Gemeinschaften. In diesem Programm werden gezielte Maßnahmen vorgestellt, um die ländlichen Räume zu beleben, junge Familien zu fördern, Fachkräfte anzuziehen und die Vielfalt der Gemeinschaften zu bewahren.

Gleichzeitig wird die Bedeutung des Klimaschutzes hervorgehoben, da zunehmende Hitze, Dürre und Starkregenereignisse schon jetzt real sind und eine zu lösende Herausforderung für unsere Gesellschaft sind. Die Förderung erneuerbarer Energien, klimaresilienter Stadtplanung und Maßnahmen zur Reduzierung von Umweltverschmutzung sind zentrale Elemente unseres Plans. Dabei ist Wohnen ein grundlegendes Bedürfnis jedes Menschen. Dieses Programm setzt sich für sozialen Wohnungsbau ein, der ökologisch ausgerichtet ist und den Bedürfnissen der Menschen jeden Alters gerecht wird. Dabei werden alternative Wohnformen unterstützt, um eine vielfältige und nachhaltige Wohnlandschaft zu schaffen. Kommunale Bildungslandschaften zu erhalten und zu stärken ist in Zeiten einer fatalen Bildungspolitik auf Landesebene eine Herausforderung. Ungeachtet dessen sind für uns Bündnisgrüne moderne, sanierte und möglichst wohnortnahe Bildungseinrichtungen der Garant für den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen.

Unser Programm strebt nach transparenten kommunalen Finanzen, die den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung entsprechen. Wir sehen die hohe Bedeutung des sozialen Zusammenhalts und setzen uns für eine vielfältige Kulturpolitik ein, die Menschen zur aktiven Mitgestaltung ermutigt. Die kommenden Jahre bieten die Möglichkeit, eine positive Veränderung auf kommunaler Ebene herbeizuführen. Dieses Programm ist eine Blaupause für eine zukunftsorientierte, nachhaltige und

41 inklusive Kommunalentwicklung in Sachsen-Anhalt. Wir wollen gemeinsam mit allen  
42 Menschen die Weichen für eine lebenswerte und erfolgreiche Zukunft unserer  
43 Städte, Gemeinden und Dörfer stellen.

## 44 2 Kommunalentwicklung

### 45 2.1 Lebenswerte Städte & Kommunen – Lebendige und sichere 46 Orte

47 Die ländlichen Räume in Sachsen-Anhalt sind besonders betroffen vom  
48 demografischen Wandel. Die 7. Regionalisierte Bevölkerungsprognose geht in  
49 Sachsen-Anhalt von einem Rückgang der Einwohnerzahl um 13 % bis 2035 aus. Das  
50 hat große Auswirkungen auf verschiedene Bereiche der Infrastruktur und auf den  
51 Zugang der öffentlichen und allgemeinen Daseinsvorsorge in den Kommunen. Wir  
52 wollen gleiche Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt. Wir brauchen  
53 Fachkräfte, um unseren Wohlstand zu sichern.

54 Wir wollen sicherstellen, dass die Investitionen in gute und moderne Schulen und  
55 Kindertagesstätten auch vielen Kindern zugutekommen und gut ausgebildetes  
56 Fachpersonal verfügbar ist, um sie zu begleiten und zu lehren. Wir wollen  
57 sicherstellen, dass gute Straßen, Infrastruktur und öffentlicher Nahverkehr  
58 erhalten werden.

59 Wir möchten uns stärker gegen den Fachkräftemangel im wirtschaftlichen, aber  
60 auch im sozialen Bereich einsetzen, um eine gute Versorgung der Angehörigen,  
61 egal ob jung oder alt, sicherzustellen.

62 Wir stehen vor einem tiefgreifenden Wandel, der sich noch verstärken wird, wenn  
63 wir ihm nicht mit politischen Maßnahmen entgegenwirken. Deshalb brauchen wir  
64 Zuwanderung – aus allen Bundesländern und auch aus dem Ausland. Wir wollen  
65 deshalb innerhalb der Kommunen eine Kultur fördern, in der alle Menschen,  
66 Ortsansässige wie Zugezogene, vorurteilsfrei willkommen sind. Um den Start und  
67 die Eingliederung von Neubürger\*innen zu unterstützen, möchten wir Freiwillige  
68 Feuerwehren und Vereine fördern. Die Alternative sind aussterbende Orte.

69 Zu lebendigen Orten gehört auch eine vielfältige politische Teilhabe. Politische  
70 Mitwirkung und Teilhabe ist traditionell über Vertretungen (repräsentativ) und  
71 über Bürger\*innenbegehren bzw. -entscheide (direkt) möglich. Wir wollen auf  
72 kommunaler Ebene zur politischen Beteiligung ergänzend beratende  
73 Bürger\*innenräte ermöglichen. In diesen gelosten Gremien beraten Menschen  
74 themenbezogen als die Expert\*innen für ihre Lebensrealitäten die entsprechenden  
75 Vertretungen. Daraus entstehende Handlungsempfehlungen sind parteiübergreifend,  
76 lebensnah und sachorientiert. Sie dienen der weiteren Verwendung in  
77 repräsentativer oder direkt-demokratischer Teilhabe mit Abstimmungsverfahren.

### 78 2.2 Lebenswerte Städte & Kommunen – Klimaresilienz und 79 Klimaanpassung

80 Alle wissenschaftlichen Studien prognostizieren für Sachsen-Anhalt eine Zunahme  
81 von Hitze- und Dürreperioden sowie eine Zunahme von lokalen  
82 Starkregenereignissen. Wir setzen uns für präventive Maßnahmen ein, um die

83 Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Dazu gehören Maßnahmen, die in  
84 Städten und Dörfern Hitze abmildern können, wie die Schaffung einer blau-grünen  
85 Infrastruktur durch Straßenbäume, Dach- und Fassadenbegrünung sowie Frei- und  
86 Wasserflächen. Der Schutz vor Starkregen und das Auffangen von Regenwasser durch  
87 modernes Wassermanagement nach dem Prinzip der „Schwammstadt“ ist dabei der  
88 leitende Gedanke und analog in den ländlichen Räumen die „Schwammlandschaft“.  
89 Dies beinhaltet insbesondere die Schaffung von Retentionsflächen, naturnahen  
90 Wasserrückhaltebecken und die Renaturierung von Gewässern zur Vorbeugung von  
91 Überschwemmungen und zur Unterstützung der Grundwasserneubildung, sowie die  
92 Renaturierung von Gewässern und Auenlandschaften und die Begrünung von  
93 Freiflächen und landwirtschaftlichen Flächen mit Hecken und Bäumen (z.B.  
94 Agroforst), um ihre natürlichen Funktionen zu stärken.

95 Um Oberflächenwasser gezielt zurückzuhalten und Versickerungsmöglichkeiten zu  
96 schaffen, setzen wir uns für die Schaffung von Rückhaltebecken, die  
97 Renaturierung von Gewässern sowie für die Wiederbelebung von Dorfbrunnen ein.

98 Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Gewährleistung einer ausreichenden  
99 Löschwasserversorgung in den Kommunen. Das Ehrenamt der Freiwilligen Feuerwehren  
100 in den ländlichen Räumen kann gar nicht hoch genug gewürdigt werden. Deshalb ist  
101 es für uns eine Selbstverständlichkeit, dass ausreichend Löschwasser zur  
102 Verfügung steht. Gerade in ländlichen Räumen kann dies nicht immer über  
103 Hydranten erreicht werden. Zusätzliche Entnahmestellen aus Zisternen, Teichen  
104 oder anderen Behältern sind vielerorts notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass  
105 die Kommunen ihrer Pflichtaufgabe nachkommen und orientieren uns beim Bedarf am  
106 Arbeitsblatt W 405 des Deutschen Gas- und Wasserverbandes (DVGW).

107 Auch die Infrastruktur der Straße muss zukünftig anders gestaltet werden: Dort,  
108 wo es möglich und sinnvoll ist, sollen Tiefbeete oder Rigolen zur Straßen- und  
109 Gehwegentwässerung Hochborde zur Wasserabführung ersetzen.

110 Weil wir in Sachsen-Anhalt ein großes Wasserproblem haben, sind  
111 Oberflächenwasser gezielt zurückzuhalten und Versickerungsmöglichkeiten zu  
112 schaffen. Wir setzen uns für die Schaffung von naturnahen Rückhaltebecken und  
113 die Renaturierung von Gewässern ein. Insbesondere unterstützen wir Bestrebungen  
114 in der Landwirtschaft, auf ihren Flächen Wasserrückhaltebecken zur eigenen  
115 Nutzung für Bewässerung schwerpunktmäßig von Obst, Gemüse und Kartoffeln zu  
116 schaffen, sofern diese als naturnahe und nicht versiegelte Gewässer angelegt  
117 werden.

118 Die Vermüllung unserer Umwelt und Gewässer bis hin zu den Weltmeeren ist ein  
119 massives Problem. Hier heißt es global denken und lokal handeln. Die Stadt  
120 Tübingen hat mit einer kommunalen Einwegsteuer das Müllproblem massiv reduziert.  
121 Wir wollen diesen erfolgreichen Weg ebenfalls beschreiten.

## 122 2.3 Wohnungs(neu)bau – sozial, familienfreundlich und 123 ökologisch

124 Wir setzen uns im Bereich des Wohnungsbaus für eine soziale und ökologische  
125 Ausrichtung ein. Dabei geht für uns die Erhaltung und Wiederbelebung vorhandener  
126 und insbesondere der denkmalgeschützten Bausubstanz vor Neubau. Zusammen mit dem  
127 Denkmalschutz erarbeiten wir tragfähige Konzepte für die Wiederbelebung  
128 historischer Bausubstanz, insbesondere auch in den ländlichen Räumen. Unser Ziel

129 ist es, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der den Bedürfnissen der Menschen  
130 gerecht wird und zugleich klima- und umweltfreundlich ist.

131 Wir legen großen Wert auf ökologischen Wohnungsbau. Wir unterstützen den Einsatz  
132 erneuerbarer Energien wie Solarenergie und fördern energetische Sanierungen von  
133 Bestandsgebäuden. Zudem setzen wir uns für den Einsatz umweltfreundlicher  
134 Baumaterialien und eine nachhaltige Bauweise ein, um den ökologischen Fußabdruck  
135 unserer Wohngebäude zu minimieren.

136 Mit den kommunalen Wohnungsbauunternehmen und -genossenschaften soll auf die  
137 bedarfsorientierte Zusammenlegung von kleineren Wohnungen zu größeren,  
138 familienfreundlicheren Wohnungen hingewirkt werden. Sie sollen geeignete  
139 barrierefreie und bezahlbare Wohnmöglichkeiten für Senior\*innen und Familien  
140 vorhalten und neu schaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden insbesondere darauf  
141 drängen, dass alle verfügbaren Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau  
142 abgerufen werden, dort wo ein Bedarf existiert und erkannt wurde. Eine Wohnung  
143 mit Stromversorgung und Heizung sind Grundlage für Teilhabe. Daher setzen wir  
144 uns dafür ein, dass Stromsperrungen durch kommunale Versorgungsunternehmen nicht  
145 erfolgen.

146 Wir setzen uns für eine verbindliche 20%-Quotierung von barrierefreiem Wohnraum  
147 bei Neu- und Sanierungsbaumaßnahmen ein. Der Verkauf und die Vermietung von  
148 barrierefreiem Wohnraum soll über ein freiwilliges Poolsystem für Menschen mit  
149 akutem Bedarf gelenkt werden. Das erleichtert das Auffinden von verfügbarem  
150 barrierefreiem Wohnraum.

151 Wir möchten sicherstellen, dass Wohnungen für alle Menschen zugänglich und  
152 nutzbar sind, unabhängig von ihrer körperlichen Verfassung. Wir möchten  
153 weiterhin sicherstellen, dass Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Dazu setzen wir  
154 uns für die Bereitstellung von bezahlbaren Mietwohnungen sowie den Erhalt und  
155 die Modernisierung des sozialen Wohnungsbaus ein. Zu diesem Zweck sprechen wir  
156 uns auch für die Instrumente Erbbaurecht und Erbbaupacht aus.

## 157 2.4 Alternative Wohnformen

158 Wir erkennen an, dass die traditionellen Wohnmodelle nicht für jeden Menschen  
159 geeignet sind und dass es eine wachsende Nachfrage nach flexibleren und  
160 gemeinschaftlichen Wohnkonzepten gibt. Deshalb setzen wir uns für die  
161 Unterstützung und Entwicklung von alternativen Wohnformen ein.

162 Gemeinschaftliches Wohnen bietet die Möglichkeit, Wohnraum gemeinsam zu nutzen  
163 und ein aktives Miteinander zu gestalten. Dies umfasst beispielsweise  
164 Mehrgenerationenhäuser, in denen unterschiedliche Altersgruppen unter einem Dach  
165 leben und voneinander profitieren können. Ebenso fördern wir das Zusammenleben  
166 von Menschen mit ähnlichen Interessen oder Lebensstilen, wie beispielsweise  
167 Wohngemeinschaften oder gemeinschaftliche Wohnprojekte (sogenannte  
168 Hausprojekte).

169 Darüber hinaus setzen wir uns für alternative Wohnkonzepte wie Tiny Houses,  
170 Bauwägen und Moduluhäuser ein. Diese bieten kostengünstigen und  
171 ressourcenschonenden Wohnraum, der flexibel an verschiedene Bedürfnisse und  
172 Lebenssituationen angepasst werden kann. Durch die Förderung solcher innovativer  
173 Wohnmodelle möchten wir alternative, bezahlbare, nachhaltige und sozial  
174 verträgliche Wohnmöglichkeiten schaffen und legalisieren.

175 Ein weiteres wichtiges Anliegen ist die Förderung von genossenschaftlichem  
176 Wohnen. Genossenschaften sowie städtische Wohnungsunternehmen ermöglichen den  
177 Bewohner\*innen eine aktive Teilhabe am Wohnprojekt und bieten langfristige  
178 Sicherheit sowie Mitbestimmungsmöglichkeiten. Wir unterstützen die Gründung und  
179 den Ausbau von genossenschaftlichen Wohnprojekten, um eine breite Vielfalt an  
180 Wohnmöglichkeiten zu schaffen.

181 Neben diesen genannten alternativen Wohnformen ist es uns ein Anliegen,  
182 bestehende Leerstände und Brachflächen zu nutzen und umzufunktionieren. Durch  
183 die Umnutzung von leerstehenden Gebäuden oder die Konversion von Industrie- und  
184 Gewerbegebieten können wir wertvollen Wohnraum schaffen und gleichzeitig die  
185 Nachverdichtung bei gleichzeitiger ökologischer Aufwertung in bereits bebauten  
186 Gebieten reduzieren.

## 187 2.5 Soziale Quartiersplanung der Kommunen

188 Im Kontext der Raumplanung legen wir großen Wert auf soziale Aspekte. Unser Ziel  
189 ist es, lebenswerte und inklusive Gemeinden zu schaffen, in denen sich alle  
190 Menschen willkommen und wohlfühlen. Dabei berücksichtigen wir insbesondere die  
191 Bedürfnisse von benachteiligten Gruppen und setzen uns für soziale Gerechtigkeit  
192 ein.

193 Bei der Planung neuer und Umgestaltung bestehender Wohngebiete achten wir auf  
194 eine ganzheitliche Quartiers- bzw. Bebauungsplanentwicklung sowie auf eine  
195 Bürger\*innenbeteiligung, die so viele Menschen wie möglich erreicht. Denn  
196 Raumplanung für eine gute Zukunft muss die Bedürfnisse aller Menschen  
197 berücksichtigen. Sie soll dazu führen, dass sich Menschen unterschiedlicher  
198 Generationen und Herkunft leichter begegnen können. Dazu gehört eine möglichst  
199 barrierefreie Planung von Geh- und Radwegen sowie Straßen und öffentliche  
200 Gebäude.

201 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung von sozialen Initiativen und  
202 Vereinen. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement und setzen uns dafür ein,  
203 dass Bürger\*innen die Möglichkeit haben, aktiv am gesellschaftlichen Leben  
204 teilzunehmen und sich einzubringen. Dies stärkt den sozialen Zusammenhalt in  
205 unseren Gemeinden und fördert das Miteinander.

206 Neben Wohnraum berücksichtigen wir die Schaffung von sozialen Infrastrukturen  
207 wie Kindergärten, Schulen, Nahversorgungsmöglichkeiten, Gesundheitseinrichtungen  
208 und Grünflächen. Darüber hinaus sollten neue Quartiere nur dort geschaffen  
209 werden, wo bereits oder in naher Zukunft Öffentlicher Verkehr eine  
210 klimaschonende Mobilität ermöglicht.

211 Wir setzen uns für die Förderung von sozialen Angeboten und Dienstleistungen  
212 ein. Wir möchten sicherstellen, dass unsere Gemeinden über eine vielfältige  
213 soziale Infrastruktur verfügen, die den Bedürfnissen der Bewohner\*innen gerecht  
214 wird. Dazu zählen unter anderem Angebote im Bereich der Kinderbetreuung, der  
215 Jugend- und Seniorenarbeit, der Integration von Migrant\*innen sowie der  
216 Unterstützung von benachteiligten Gruppen.

## 217 3 Klimaschutz

### 218 3.1 Flächen ausweisen – vom Bebauungsplan zur Regionalen 219 Planungsgemeinschaft

220 Um den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, ist es wichtig, geeignete  
221 Flächen für deren Nutzung auszuweisen. Hierbei setzen wir uns für das Netto-0-  
222 Flächenziel ein, um Versiegelung und Landschaftsverbrauch zu minimieren.

223 Statt einer zersiedelten Bebauung streben wir eine gezielte Flächennutzung an,  
224 die den Anforderungen des Regionalen Entwicklungsplans (REP) entspricht. Durch  
225 eine konsequente Umsetzung des REP können wir Flächen für erneuerbare Energien  
226 ausweisen, ohne dabei wertvolle landwirtschaftliche oder natürliche Flächen  
227 unnötig zu beeinträchtigen. Dafür bieten sich auch besonders vertikale  
228 Photovoltaik-Anlagen an.

229 Wir wollen die Umwandlung von Flächen für den Bau von Photovoltaik-Anlagen,  
230 Windparks und anderen erneuerbaren Energieprojekten vorantreiben. Hierbei achten  
231 wir darauf, dass die Planung und Umsetzung im Einklang mit ökologischen und  
232 landschaftsplanerischen Aspekten steht. Naturschutzgebiete und ökologisch  
233 sensible Gebiete sollen dabei geschützt und nicht beeinträchtigt werden. Dafür  
234 sollten die Kommunen auch Solarkataster erstellen lassen.

235 Durch die große Wirtschaftlichkeit von Freiflächenphotovoltaik, zu der auch  
236 Agri-PV zählt, gibt es auch eine große Nachfrage nach Acker- und  
237 Grünlandflächen. Wir werden deshalb in den Gemeinden initiieren, dass dort  
238 gemeindliche PV-Konzepte mit Positiv- und Ausschlusskriterien für den Standort  
239 sowie projektbezogene Bedingungen erarbeitet und diese vorhabensbezogen als  
240 Voraussetzung für den B-Plan angewendet werden. Bei der Privilegierung von  
241 Freiflächenphotovoltaik setzen wir uns dafür ein, dass auch bei diesen Flächen  
242 die Gemeinde einen Einfluss auf die Gestaltung derartiger Anlagen hat und die  
243 Belange der Bewohner\*innen angrenzender Wohnbebauungen Beachtung finden.

244 Zudem setzen wir uns dafür ein, dass eine dezentrale Energieerzeugung gefördert  
245 wird. Durch die Ausweisung von Flächen für erneuerbare Energien in der Nähe von  
246 Siedlungsgebieten können kurze Transportwege und eine effiziente Nutzung der  
247 erzeugten Energie gewährleistet werden. Dies stärkt auch die regionale  
248 Wertschöpfung und schafft Arbeitsplätze vor Ort.

249 Wir befürworten deshalb Windparks, Freiflächen-Photovoltaikanlagen sowie Agri-  
250 Photovoltaikanlagen in den Kommunen Sachsen-Anhalts. Dabei sollten jedoch die  
251 Kommunen vor Ort finanziell beteiligt werden sowie hohe ökologische Standards  
252 gelten, die über die Eingriffs- und Ausgleichsflächen hinausgehen. Dafür sollten  
253 die Kommunen sowie die Regionalen Planungsgemeinschaften verstärkt geeignete  
254 Flächen in Verbindung mit verbindlichen Kriterien ausweisen.

255 Der Bund hat mit dem Klimaanpassungsgesetz eine Vorlage geleistet, auf deren  
256 Grundlage wir uns für eine kommunale Klimaanpassungsstrategie einschließlich  
257 Hitzeschutzplan einsetzen. Dieser muss in der Stadtplanung konsequent  
258 berücksichtigt werden.

## 259 3.2 finanzielle Beteiligung der Kommunen an EE-Projekten

260 Die finanzielle Beteiligung der Kommunen an erneuerbaren Energieprojekten ist  
 261 ein wesentlicher Aspekt, um den Ausbau nachhaltiger Energiequellen  
 262 voranzutreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen die Möglichkeit  
 263 erhalten, sich aktiv an solchen Projekten zu beteiligen und dadurch sowohl  
 264 ökologische als auch ökonomische Vorteile zu erlangen. Insbesondere sorgen wir  
 265 dafür, dass kommunale Energieunternehmen wie die Stadtwerke aktiv die  
 266 Energiewende vor Ort vorantreiben, durch eigene Erzeugung regenerativer Energien  
 267 sowie durch Beratungsangebote für die Bevölkerung. Wir sorgen dafür, dass die  
 268 Stadtwerke in kommunaler Hand bleiben.

269 Durch finanzielle Beteiligungen können Kommunen direkte Mitbestimmung und  
 270 Kontrolle über die Entwicklung und Umsetzung von erneuerbaren Energieprojekten  
 271 erlangen. Dies ermöglicht es ihnen, die Energiewende auf lokaler Ebene  
 272 mitzugestalten und die Nutzung erneuerbarer Energien in ihrer Gemeinde  
 273 voranzutreiben. Dabei kann es sich beispielsweise um Investitionen in Solar-  
 274 oder Windenergieanlagen handeln, bei denen die Kommunen selbst als  
 275 Teilhaber\*innen auftreten.

276 Darüber hinaus ermöglicht die finanzielle Beteiligung der Kommunen an  
 277 erneuerbaren Energieprojekten eine langfristige Einnahmequelle. Durch die  
 278 Erzeugung und den Verkauf von sauberem Strom können die Kommunen ihre  
 279 finanzielle Unabhängigkeit stärken und Mittel für weitere nachhaltige Projekte  
 280 generieren. Dies eröffnet auch die Möglichkeit, die Gewinne in die Förderung von  
 281 Energieeffizienzmaßnahmen, die Unterstützung von sozialen Projekten oder die  
 282 Verbesserung der Infrastruktur zu investieren.

283 Auch Bürger\*innenstrom sollte stärker in den Fokus genommen werden. Durch die  
 284 günstige Direktvermarktung an Anlieger\*innen können die Akzeptanz, aber auch der  
 285 günstige Strom- und Wärmebezug für die Bürger\*innen geschaffen werden.

286 Unser Ziel ist es, den Kommunen die finanzielle Beteiligung an erneuerbaren  
 287 Energieprojekten zu erleichtern und sie dabei zu unterstützen, ihre  
 288 Energiewendeziele zu erreichen. Wir möchten die Vorteile der erneuerbaren  
 289 Energien in den Gemeinden stärken und gleichzeitig die finanzielle Stabilität  
 290 und Nachhaltigkeit der Kommunen fördern. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen  
 291 Kommunen, Energieversorgern und Bürger\*innen können wir eine erfolgreiche  
 292 Energiewende auf lokaler Ebene erreichen.

293 Wir treiben die Wärmewende in den Kommunen aktiv voran. Vor allem in  
 294 geschlossenen Denkmalbeständen wird der Fernwärmenutzung eine zentrale Bedeutung  
 295 zukommen müssen. Wir unterstützen unsere Stadtwerke beim Ausbau entsprechender  
 296 Fernwärmenetze. Die kommunale Wärmeplanung muss auch Möglichkeiten zur Nutzung  
 297 oberer Grundwasserschichten zur Wärmeerzeugung mit den besonders effizienten  
 298 Wasser-Wasser-Wärmepumpen in Betracht ziehen, hierfür die nötigen geologischen  
 299 Informationen erarbeiten, öffentlich bereitstellen und Hauseigentümer\*innen  
 300 entsprechende Beratungsangebote machen.

301 Wir setzen uns für Erleichterungen für Balkonkraftwerke (Steckersolargeräte)  
 302 ein. Dazu gehört neben der Sensibilisierung der Vermieter\*innen ein kommunales  
 303 Förderprogramm.

### 304 3.3 Flächenentsiegelung

305 Wir setzen uns dafür ein, die Flächenversiegelung zu reduzieren und den Prozess  
306 der Flächenentsiegelung voranzutreiben. Dies ist ein wichtiges Anliegen im  
307 Bereich des Klimaschutzes und der nachhaltigen Kommunenentwicklung.

308 Um die Flächenversiegelung zu reduzieren, fördern wir eine  
309 verantwortungsbewusste und vorausschauende Stadt- und Gemeindeplanung. Dabei  
310 liegt der Fokus auf einer nachhaltigen Nutzung bereits versiegelter Flächen und  
311 der Vermeidung von weiterer Versiegelung. Wir möchten Brachflächen  
312 revitalisieren und vorhandene versiegelte Flächen sinnvoll nutzen, um den  
313 Flächenverbrauch zu minimieren.

314 Gleichzeitig setzen wir uns für die Flächenentsiegelung ein, indem wir  
315 versiegelte Flächen zurückgewinnen und in natürliche oder durchlässige  
316 Oberflächen umwandeln. Dies trägt zur Verbesserung des Wasserhaushalts, zur  
317 Förderung der Biodiversität und zur Schaffung von Grünflächen bei. Dabei ist uns  
318 die enge Zusammenarbeit mit Bürger\*innen, lokalen Organisationen und  
319 Expert\*innen wichtig, um die Akzeptanz und Unterstützung für diese Maßnahmen zu  
320 gewährleisten.

## 321 4 Umweltschutz, Biodiversität, Landwirtschaft 322 und naturnaher Tourismus

### 323 4.1 Förderung der Biodiversität

324 Neben der Klimakrise bedroht vor allem der Rückgang der Biodiversität unsere  
325 Lebensgrundlage. Gerade vor Ort, auf kommunaler Ebene, bestehen zahlreiche  
326 Möglichkeiten, die Biodiversität zu schützen und zu fördern.

327 Die Pflege kommunaler Grünflächen, aber auch die Bewirtschaftung von  
328 Straßenbegleitflächen, ist auf biologische Vielfalt und den Insektenschutz  
329 auszurichten. Wir unterstützen nachdrücklich, dass sich unsere Kommunen dem  
330 Bündnis Kommunen für die biologische Vielfalt anschließen, dem bereits 367  
331 deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise angehören, und in dem die dazu  
332 erforderlichen Erfahrungen und Kompetenzen ausgetauscht werden können.

333 Wir wollen kommunale Wohnungsunternehmen unterstützen, ihre Grünflächen  
334 Mieter\*innen zur eigenen Gestaltung zu überlassen. Durch Mieter\*innengärten  
335 werden Umweltbildung und Eigeninitiative, Miteinander, Nachhaltigkeit und  
336 Erholung gefördert. Gleichzeitig bieten kleinteilige Gartenräume Rückzugsorte  
337 und Lebensräume für Insekten und Kleinlebewesen.

338 Bei Teilflächen öffentlicher Flurstücke, die von Landwirtschaftsbetrieben unter  
339 den Pflug genommen wurden (z.B. an Wegrändern, Uferstreifen, etc.), setzen wir  
340 uns dafür ein, dass ehemals überpflügte Flurstücke Orte der Artenvielfalt werden  
341 und Kommunen dies aktiv angehen. Die zunehmende „Verzäunung der Landschaft“  
342 stellt ein immer größer werdendes Problem für die freie und ungehinderte  
343 Durchquerung der Landschaft durch Wild dar. Wir setzen uns dafür ein, dass die  
344 Kommunen sowohl die Mitarbeiter\*innen, als auch die Errichter\*innen von  
345 Umzäunungen für die Bedürfnisse der Wildtiere sensibilisieren und eine  
346 Habitatvernetzung stärker berücksichtigen.



#### 347 4.2 Öffentliche Flächen gemeinwohlorientiert bewirtschaften

348 Unbebaute Grundstücke in kommunalem Eigentum sollen grundsätzlich  
349 gemeinwohlorientierten, und vorrangig ökologischen Funktionen dienen. Bei  
350 Verpachtungen landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Flächen müssen  
351 strenge Vorgaben gelten. Wir setzen uns dafür ein, dass die im öffentlichen  
352 Eigentum befindlichen land- und forstwirtschaftlichen Flächen von den Kommunen  
353 nach Gemeinwohlkriterien verpachtet werden und sich an bereits bewährten  
354 Initiativen und deren Kriterien orientieren. Kriterien können z.B. sein: der  
355 Aufbau von Feldgehölzen mit hohem Wert für die Artenvielfalt (z.B. Streuobst,  
356 Wildrosen), Blühstreifen, vielgliedrige Fruchtfolgen von mindestens 5  
357 Fruchtfolgegliedern und der Verzicht auf chemisch-synthetische  
358 Pflanzenschutzmittel.

359 Bei kommunalen forstwirtschaftlichen Flächen wollen wir den Aufbau von  
360 Laubmischwäldern mit Obst- und Wildobstbäumen und einem Anteil von mindestens  
361 10% unbewirtschafteter Fläche. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Vorgaben bei  
362 Neuverpachtungen und bei der Verlängerung auslaufender Pachtverträge umgesetzt  
363 werden und die Möglichkeit, bei allen kommunalen Verpachtungen entsprechende  
364 Beratungsangebote in Anspruch zu nehmen, kommuniziert und unterstützt werden.  
365 Gemeinwohlorientierte Nutzungen durch lokale Vereine wie Streuobstvereine, urban  
366 Gardening und solidarische Landwirtschaft müssen grundsätzlich Vorrang haben.  
367 Einen Verkauf öffentlicher kommunaler Flächen werden wir nicht unterstützen.

#### 368 4.3 Naturnaher Tourismus

369 Wir wollen naturnahen Tourismus und Umweltbildung fördern. Wir setzen uns ein  
370 für einen flächendeckenden naturverträglichen Tourismus, an dem alle Orte Anteil  
371 haben, beispielsweise durch den Ausbau von Weitwander- oder Radwegen und Loipen,  
372 anstelle sogenannter „Leuchtturmprojekte“ die vor allem den Massentourismus  
373 ansprechen sollen.

#### 374 4.4 Stärkung des kommunalen Umwelt- und Tierschutzes

375 Die Einhaltung von Natur- und Tierschutzgesetzen ist eines unserer Kernanliegen  
376 und wir unterstützen die Natur- und Tierschutzverbände bei ihrem Streiten dafür.  
377 Verstöße gegen Naturschutzgesetze, wie etwa das Roden von Streuobstbeständen,  
378 Entfernen von Wildheckenstrukturen, müssen durch die zuständigen Kreisbehörden  
379 konsequent verfolgt werden. In den letzten Jahren haben Berichte über  
380 tierquälerische Haltungsbedingungen in einigen nutztierhaltenden Betrieben  
381 schockiert.

382 Wir fordern vollumfängliche, intensive und wie vorgeschrieben, unangekündigte  
383 veterinärmedizinische tierschutzrechtliche Kontrollen durch die zuständigen  
384 Veterinärbehörden. Der Tierschutz muss unbedingt eingehalten werden, auch um  
385 solche Landwirt\*innen, die gut und fair Lebensmittel produzieren, vor dem  
386 Imageschaden durch schwarze Schafe zu bewahren. Die kommunalen Aufsichtsbehörden  
387 müssen dazu finanziell gestärkt und mit ausreichend Personal ausgestattet  
388 werden. Dafür fordern wir, dass die Kommunen befähigt werden, kostendeckende  
389 Gebühren zu erheben.

390 Festsetzung und Umsetzung von ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen  
391 müssen vollständig im Kompensationsverzeichnis festgehalten und im Internet  
392 öffentlich transparent zugänglich gemacht werden. Die Kommunen sollen dazu ihrer  
393 Pflicht nachkommen, die erforderlichen Daten der zuständigen Landesbehörden  
394 regelmäßig und zeitnah zu übermitteln.

## 395 4.5 Ernährungswende

396 Wir setzen uns dafür ein, dass die Kreise, Gemeinden und Städte bevorzugt in der  
397 Gemeinschaftsverpflegung (z.B. KITAS und Schulmensen, Senioreneinrichtungen) und  
398 bei öffentlichen Veranstaltungen Gerichte und Lebensmittel aus klimaangepassten  
399 Pflanzen (z.B. Buchweizen, Linsen und Kichererbsen) und anderen regional und  
400 saisonal erzeugten Lebensmitteln auf den Teller bringen.

401 Darüber hinaus setzen wir uns für das Konzept der „Essbaren Städte“ ein.

## 402 5 Mobilität

### 403 5.1 Öffentlicher Personennahverkehr

404 Ein zentraler Bestandteil unserer Verkehrspolitik ist die Weiterentwicklung des  
405 Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Sachsen-Anhalt. Wir sind uns bewusst,  
406 dass es Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Räumen gibt und setzen  
407 uns dafür ein, diese Disparitäten zu überwinden und ein gut ausgebautes und  
408 attraktives öffentliches Verkehrsnetz in allen Regionen zu schaffen.

409 In den ländlichen Räumen möchten wir den ÖPNV so gestalten, dass er den  
410 Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Das bedeutet eine Stundentaktung der  
411 Bus- und Bahnverbindungen, um eine zuverlässige und regelmäßige Anbindung an die  
412 umliegenden Gemeinden und Städte zu gewährleisten. Wir setzen uns für flexible  
413 Konzepte sowie Konzepte auf Nachfrage (On-Demand) wie Rufbusse und Bürgerbusse  
414 ein, um auch abgelegene Gebiete anzubinden und Mobilität für alle Bürger\*innen  
415 sicherzustellen. Zudem möchten wir innovative Lösungen wie Elektrobusse,  
416 autonome Kleinbusse und alternative Antriebstechnologien fördern, um die  
417 ländlichen Räume umweltfreundlicher zu gestalten. Ebenso braucht es abgestimmte  
418 Takte mit den Bahnverbindungen sowie auch landkreis- und bundeslandübergreifende  
419 Verbindungen.

420 In städtischen Gebieten legen wir besonderen Wert auf ein gut ausgebautes und  
421 attraktives öffentliches Verkehrsnetz. Dazu gehört eine hohe Taktung der Bus-  
422 und Bahnverbindungen, um kurze Wartezeiten und eine effiziente Mobilität zu  
423 gewährleisten. Wir möchten den Einsatz von emissionsarmen und barrierefreien  
424 Fahrzeugen vorantreiben, um die Luftqualität zu verbessern und allen Menschen  
425 eine uneingeschränkte Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen. Zudem wollen wir die  
426 Infrastruktur des ÖPNV ausbauen, indem wir neue Haltestellen, Linien und  
427 Verbindungen schaffen, den Ausbau von Fahrradabstellplätzen an den Haltestellen  
428 fördern und moderne digitale Informations- und Ticketing-Systeme einführen. Dazu  
429 gehört auch, sozial verträgliche Ticket- und Abopreise ernsthaft zu diskutieren  
430 und umzusetzen.

431 Dafür braucht es auch geeignete und attraktive Schnittstellen zwischen ÖPNV und  
432 Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Es müssen die regionalen und lokalen Busse im

433 integralen Taktfahrplan mit den entsprechenden Eisenbahnen abgestimmt werden.  
434 Öffentlicher Personennahverkehr sollte deutlich mehr als Schüler\*innenverkehr  
435 sein.

436 Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, den ÖPNV mit anderen Verkehrsmitteln wie  
437 dem Fahrrad, dem E-Scooter oder dem Carsharing zu vernetzen. Die Mitnahme von  
438 Fahrrädern, Kinderwagen und Rollstühlen soll in allen öffentlichen  
439 Verkehrsmitteln gewährleistet sein. An Umstiegspunkten braucht es Verleih- und -  
440 parksysteme, die direkt an den Haltestellen vorangetrieben werden. Dadurch  
441 sollen umweltfreundliche Mobilitätsalternativen gefördert und der Umstieg auf  
442 den ÖPNV erleichtert werden.

443 Unser Ziel ist es, den ÖPNV in Sachsen-Anhalt zu einem attraktiven,  
444 zuverlässigen, sicheren und umweltfreundlichen Verkehrssystem auszubauen, das  
445 den Bedürfnissen der Menschen in ländlichen und städtischen Räumen gleichermaßen  
446 gerecht wird. Wir möchten eine nachhaltige Mobilität fördern, die die  
447 Verkehrsdichte reduziert, die Umwelt schützt und allen Bürger\*innen eine  
448 komfortable und erschwingliche Fortbewegung ermöglicht.

449 Die Finanzierung des ÖPNV insgesamt muss zukünftig anders gestaltet werden. Das  
450 Deutschlandticket, aber auch die Herausforderungen in den ländlichen Räumen  
451 verlangen eine Anpassung der Finanzierungsstruktur. Die Gemeinden brauchen mehr  
452 Geld von Kreis und Land für ihren regionalen ÖPNV. Um die fachliche Kompetenz in  
453 den Kommunen in Bezug auf den ÖPNV zu steigern, braucht es  
454 Mobilitätsmanager\*innen in den Kreisen. Sie sollen den Umweltverbund – also das  
455 Zufußgehen, das Radfahren und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs –  
456 voranbringen. Sie sollen Fördermittel akquirieren und die Zuständigkeit für  
457 Kommunale Radverkehrspläne sowie Fußwegepläne verantworten. Als vermittelnde  
458 Kompetenzschnittstelle sollen sie zudem zwischen Aufgabenträger, NASA und  
459 Landespolitik vermitteln, sowie die interkommunale Abstimmung von  
460 Mobilitätsangeboten vorantreiben.

## 461 5.2 Radverkehr

462 Unsere Idee für eine bessere Verkehrssituation in den Städten und Gemeinden ist  
463 es, mehr und bessere Wege für Fahrradfahrer\*innen zu schaffen. Das bedeutet,  
464 dass wir sichere und gut ausgebaute Radwege brauchen, die zwischen den  
465 verschiedenen Orten verbunden sind. Diese Radwege sollen so gestaltet sein, dass  
466 sie für alle Menschen leicht zugänglich und angenehm zu befahren sind.

467 Wir möchten uns dafür einsetzen, dass die Radwege regelmäßig gepflegt und  
468 instandgehalten werden. So können wir sicherstellen, dass sie immer in einem  
469 guten Zustand sind und keine Gefahr für Fahrradfahrer\*innen darstellen. Dazu  
470 gehört auch, dass im Winter der Schnee geräumt wird, um die Sicherheit zu  
471 gewährleisten.

472 Außerdem möchten wir die Anzahl der Radwege erhöhen. Das bedeutet, dass wir neue  
473 Radwege an wichtigen Straßen, in Wohngebieten, Gewerbegebieten und touristischen  
474 Gebieten bauen möchten. So wird es einfacher und sicherer, mit dem Fahrrad zu  
475 fahren – egal, wo man hinmöchte. Dafür braucht es auch mehr Fachpersonal, wie  
476 Fachplaner\*innen oder Rad- bzw. Mobilitätsbeauftragte, in den entsprechenden  
477 Verwaltungseinheiten.

478 Wir wollen die positiven Seiten des Fahrradfahrens hervorheben und allen  
479 Menschen zeigen, dass es viele Vorteile hat. So ist es unter anderem gut für die  
480 Gesundheit, hilft dabei, die Umwelt zu schützen und entlastet den Verkehr. Wir  
481 möchten, dass Fahrradfahren als eine attraktive und umweltfreundliche  
482 Möglichkeit der Fortbewegung gesehen wird. Dafür sollen die Kommunen auch enger  
483 mit der Verkehrswacht, dem ADFC, der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher  
484 Kommunen sowie der Aktion Stadtradeln zusammenarbeiten.

485 Um der Besonderheit in ländlichen Räumen Rechnung zu tragen, wo Mobilität häufig  
486 nur über PKW sichergestellt werden kann, setzen wir uns für die Schaffung von  
487 Park & Ride-Parkplätzen – in Kombination mit Ladesäulen für E-Fahrräder und -PKW  
488 an Bahnhöfen ein. Dafür braucht es mehr Förderprogramme, insbesondere für die  
489 ländlichen Räume und mit niedrigen Eigenanteilquoten.

### 490 5.3 Fußverkehr und Barrierefreiheit

491 Wir setzen uns für eine fußgängerfreundliche Gestaltung unserer Städte und  
492 Gemeinden sowie die Förderung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ein. Der  
493 Fußverkehr spielt eine zentrale Rolle für eine nachhaltige und lebenswerte  
494 Mobilität. Daher ist es unser Ziel, die Bedingungen für Fußgänger\*innen zu  
495 verbessern.

496 Wir möchten Maßnahmen ergreifen, um das Sicherheitsgefühl der Menschen zu  
497 stärken und das Unfallrisiko für Fußgänger\*innen zu reduzieren. Dazu gehören  
498 beispielsweise die Ausweitung verkehrsberuhigter Bereiche mit  
499 Schrittgeschwindigkeit, die Einrichtung von Fußgängerüberwegen an gefährlichen  
500 Straßenabschnitten, die Verbesserung der Sichtbarkeit durch ausreichende, aber  
501 effiziente und dimmbare, sensorgesteuerte Beleuchtung, die Umgestaltung von  
502 Kreuzungen und Einmündungen sowie die Trennung von Fuß- und Radwegen, um  
503 Konfliktsituationen zu minimieren.

504 Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, die Erreichbarkeit von Orten für alle  
505 Menschen zu gewährleisten. Wir setzen uns für eine barrierefreie Gestaltung des  
506 öffentlichen Raums ein, die es Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und  
507 jungen Familien ermöglicht, sich uneingeschränkt und selbstständig in der Stadt  
508 zu bewegen. Dazu gehört der Abbau von Hindernissen wie Treppenstufen, unebenen  
509 Gehwegen, nicht-barrierefreien Haltestellen und Bahnhöfen sowie engen  
510 Durchgängen. Wir möchten den Ausbau von barrierefreien Rampen, Aufzügen und  
511 taktilen Leitsystemen vorantreiben, um allen Menschen eine barrierefreie  
512 Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen.

513 Auch die Bereitstellung von ausreichenden und gemütlichen Sitzgelegenheiten,  
514 schattenspendenden Bäumen und öffentlichen Toiletten, bei denen barrierefreie  
515 Anlagen die Norm anstatt die Ausnahme sind, ist uns ein Anliegen, um den Komfort  
516 und die Aufenthaltsqualität für Fußgänger\*innen zu verbessern. Zudem setzen wir  
517 uns für eine ansprechende Gestaltung des Fußwegenetzes ein, um den Fußverkehr zu  
518 fördern und attraktiv zu gestalten. Dazu gehören breite Gehwege, ansprechende  
519 Gestaltungselemente wie Bepflanzungen und Kunstwerke sowie eine gute  
520 Beschilderung, um die Orientierung zu erleichtern.

521 Wir möchten sicherstellen, dass alle Menschen, unabhängig von ihrem Alter, ihrer  
522 Mobilität oder ihrer körperlichen Verfassung, sich sicher und bequem zu Fuß  
523 bewegen können. Eine barrierefreie und zugängliche Stadt ist nicht nur ein

524 Gewinn für die Lebensqualität, sondern auch ein Ausdruck von sozialer  
525 Gerechtigkeit und Chancengleichheit.

## 526 5.4 Motorisierter Individualverkehr

527 Eine zentrale Herausforderung im Bereich Verkehr ist der motorisierte  
528 Individualverkehr. Wir sind uns bewusst, dass das Auto für viele Menschen ein  
529 wichtiges Fortbewegungsmittel ist, aber gleichzeitig wollen wir eine ökologisch  
530 nachhaltige Verkehrsentwicklung fördern und den Einsatz von umweltfreundlichen  
531 Alternativen unterstützen.

532 Um den Umstieg auf klimafreundlichere Mobilitätsformen zu erleichtern, setzen  
533 wir uns für den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge ein. Wir  
534 wollen sicherstellen, dass es ausreichende Ladestationen in unseren Städten und  
535 Gemeinden gibt, um eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten. Dadurch  
536 möchten wir Anreize schaffen, auf elektrisch betriebene Fahrzeuge umzusteigen  
537 und somit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Verkehrssektor zu reduzieren.

538 Darüber hinaus setzen wir uns für eine verstärkte Förderung des Carsharings – in  
539 Stadt und Land ein. Carsharing ermöglicht es mehreren Personen, sich ein  
540 Fahrzeug zu teilen, ein z. B. Elektrofahrzeug auszuprobieren, und reduziert die  
541 Anzahl der benötigten Autos auf den Straßen und in den Quartieren. Wir möchten  
542 den Ausbau von Carsharing- und Dorfauto Initiativen insbesondere in ländlichen  
543 Räumen und auf Basis von Elektrofahrzeugen vorantreiben und die  
544 Rahmenbedingungen für eine effiziente und nachhaltige Nutzung von geteilten  
545 Fahrzeugen verbessern – dazu gehört auch eine flächendeckende Ladeinfrastruktur,  
546 sowie die Umwidmung weiterer Parkplätze für das Carsharing.

547 Wir wollen die Verkehrssicherheit in unseren Kommunen verbessern und den  
548 Verkehrsfluss optimieren. Deshalb sollten sich alle Kommunen in Sachsen-Anhalt  
549 der Initiative Lebenswerte Städte anschließen. Die Initiative setzt sich  
550 gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Kommunen selbst darüber entscheiden  
551 dürfen, wann und wo welche Geschwindigkeiten angeordnet werden – zielgerichtet,  
552 flexibel und ortsbezogen. Der Schritt in mehr Bereiche mit Tempo 30 sowie  
553 verkehrsberuhigte Bereiche sollte stärker vorangetrieben werden.

## 554 6 Bildung

### 555 6.1 Gebäudestrukturen

556 Ein besonderer Fokus liegt auf der Gestaltung und Modernisierung der  
557 Gebäudestrukturen in unseren Bildungseinrichtungen. Wir möchten sichere, moderne  
558 und inspirierende Lernumgebungen schaffen, die den Anforderungen einer  
559 zeitgemäßen Bildung gerecht werden.

560 Unser Ziel ist es, die Infrastruktur unserer Schulen, Kindergärten und anderen  
561 Bildungseinrichtungen kontinuierlich zu verbessern. Dazu gehört die Sanierung  
562 von Schul- und Kitagebäuden, um optimale Lernbedingungen zu schaffen. Wir  
563 fordern die Erhaltung der Schule, insbesondere der Grundschule, auch in  
564 ländlichen Räumen vor Ort. Wir setzen uns für eine kindgerechte Gestaltung der  
565 Räumlichkeiten ein, die den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entspricht  
566 und Raum für kreatives Denken und Lernen bietet. Liegenschaften im Eigentum der

567 öffentlichen Hand müssen Vorbildfunktion bezüglich Energieeffizienz, der Nutzung  
568 regenerativer Energien und umweltgerechter Materialien haben. Dies gilt  
569 insbesondere für Schulen und Kindertagesstätten, die von ihren kommunalen  
570 Trägern so ausgestattet werden sollen, dass dort Ernährungs- und Umweltbildung  
571 stattfinden kann, etwa mit Schulküchen und -gärten.

572 In ländlichen Räumen setzen wir uns für die Umwandlung kommunaler Dorfimmobilien  
573 in Multifunktionshäuser ein, die als Begegnungsstätte von Jung und Alt, aber  
574 auch Raum für mobile Dienstleistungen, wie z.B. Physiotherapie, Fußpflege,  
575 Friseur und Telemedizin bieten sollen.

## 576 6.2 Schulsozialarbeit

577 Schulsozialarbeit leistet einen entscheidenden Beitrag zu Schulerfolg.  
578 Schulsozialarbeiter\*innen gestalten den Lern- und Lebensort Schule, unterstützen  
579 bei kleinen Sorgen und großen Problemen, sind Ansprechpartner\*innen für Kinder,  
580 Eltern und Lehrkräfte. Auf Landesebene setzen wir uns für ein dauerhaft  
581 finanziertes Landesprogramm ein, das an jeder Schule den Einsatz mindestens  
582 einer Schulsozialarbeiter\*in ermöglicht.

583 Unsere Kommunen sollen diesen Einsatz nicht nur finanziell mittragen, sondern  
584 auch steuern und an den besonderen Bedarfen vor Ort ausrichten. Dabei ist uns  
585 besonders wichtig, dass Schulsozialarbeit nicht die offene Kinder- und  
586 Jugendarbeit ersetzt und deshalb auch nicht gegen Einrichtungen wie Jugendclubs  
587 oder Kinderangebote aufgerechnet werden darf. Wir sind uns der finanziellen  
588 Herausforderung für die Kommunen bewusst und setzen uns deshalb im Land für eine  
589 auskömmliche Finanzausstattung und Notfallhilfen ein.

## 590 6.3 Digitalisierung

591 Ein wichtiger Aspekt ist auch die digitale Ausstattung der  
592 Bildungseinrichtungen. Wir möchten sicherstellen, dass alle Schulen über eine  
593 moderne IT-Infrastruktur verfügen, um digitale Lernformate und Medienkompetenz  
594 zu fördern. Dazu gehören schnelles Internet, schulweites WLAN,  
595 Computerarbeitsplätze und interaktive Whiteboards. Wir möchten den Einsatz  
596 digitaler Medien sinnvoll in den Unterricht integrieren und gleichzeitig  
597 sicherstellen, dass Datenschutz und Privatsphäre gewahrt bleiben.

## 598 6.4 Inklusion

599 Gute Bildung schafft Chancen für alle Kinder. Gute Bildung ist inklusiv. Wir  
600 wollen die viel zu lange bestehende exklusive Bildungslandschaft in Sachsen-  
601 Anhalt überwinden. Alle Kinder sollen die Möglichkeit haben, an Regelschulen zu  
602 lernen. Dafür müssen Schulen auch physische Barrieren abbauen. Dazu gehören  
603 bauliche Maßnahmen wie barrierefreie Zugänge und Aufzüge, breite Türen und  
604 Beleuchtungskonzepte, ebenso wie die Berücksichtigung von inklusiven  
605 Lernkonzepten. Dafür bedarf es aber auch besonderer Materialien,  
606 multiprofessioneller Teams an unseren Schulen und der Stärkung der  
607 Förderkompetenzen bei unseren Lehrkräften.

608 Unser Ziel ist es, Bildungseinrichtungen zu schaffen, die Raum für kreatives  
609 Denken, Lernen und soziale Interaktion bieten. Wir möchten optimale Bedingungen  
610 schaffen, damit alle Schüler\*innen ihr volles Potenzial entfalten können.

## 611 **7 Kommunale Finanzen**

612 Ein wichtiger Aspekt unserer kommunalen Politik betrifft die Finanzen unserer  
613 Städte und Gemeinden. Wir setzen uns dafür ein, transparente und partizipative  
614 Finanzstrukturen zu etablieren, die eine gerechte Verteilung der finanziellen  
615 Ressourcen gewährleisten und die Bedürfnisse der Bürger\*innen berücksichtigen.

616 Ein Instrument, das wir zur Stärkung der Bürgerbeteiligung einsetzen wollen, ist  
617 der Bürger\*innenhaushalt. Hierbei sollen die Bürger\*innen direkt in den  
618 Entscheidungsprozess über die Verwendung der kommunalen Finanzen einbezogen  
619 werden. Durch partizipative Budgetverfahren können sie mitbestimmen, welche  
620 Projekte und Maßnahmen Vorrang haben sollen und wie die finanziellen Mittel am  
621 besten eingesetzt werden können.

622 Ein weiterer Schwerpunkt ist das Gender Budgeting. Wir möchten sicherstellen,  
623 dass geschlechtsspezifische Aspekte in den kommunalen Haushaltsplanungen  
624 berücksichtigt werden. Durch eine geschlechtergerechte Finanzpolitik wollen wir  
625 gleiche Chancen und Teilhabe für alle Bürger\*innen fördern und bestehende  
626 Geschlechterungleichheiten abbauen.

627 Die Förderung der kommunalen Wirtschaft und Wirtschaftsförderung ist ein  
628 weiterer Schwerpunkt. Wir setzen uns für eine nachhaltige und  
629 zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik ein, die lokale Unternehmen stärkt und  
630 neue Arbeitsplätze schafft. Dabei ist uns die Zusammenarbeit mit den Stadt- und  
631 Kreissparkassen als starke Partner in der Region besonders wichtig. Wir möchten  
632 eine enge Verbindung zwischen der lokalen Wirtschaft und dem Finanzsektor  
633 fördern, um die Wirtschaftsentwicklung vor Ort zu unterstützen. Wer regional  
634 investiert, stärkt auch die finanziellen Spielräume für unsere Kommunen, bspw.  
635 über die Gewerbesteuererinnahmen.

636 Die Tourismusförderung spielt ebenfalls eine bedeutende Rolle in unseren  
637 kommunalen Finanzstrategien. Wir möchten unsere Städte und Gemeinden als  
638 attraktive Reiseziele positionieren und den Tourismus nachhaltig und  
639 verantwortungsbewusst fördern. Dabei ist es uns wichtig, die lokale  
640 Wertschöpfung zu stärken und die touristischen Angebote im Einklang mit  
641 ökologischen und sozialen Kriterien zu gestalten.

642 Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Gelder nicht in Unternehmen  
643 investiert werden, die negative Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft haben.  
644 Stattdessen möchten wir Investitionen in nachhaltige Projekte und Unternehmen  
645 fördern, die soziale Verantwortung übernehmen und einen positiven Beitrag zur  
646 Nachhaltigkeit leisten. Auch ökonomisch ist der Verzicht auf Investitionen in  
647 fossile Energien konsequent zu verfolgen. Schon heute wirken Fonds ohne  
648 veraltete fossile Geschäftsmodelle besser und mittelfristig wird das fossile  
649 Geschäftsmodell implodieren.

650 Die Kommunen stehen in der Verantwortung, u.a. EU-Fördermittel zur  
651 Mitfinanzierung eigener Projektideen zu generieren. Wir fordern daher die  
652 Landkreise und kreisfreien Städte auf, Fachstellen zur Unterstützung von

653 europäischen Förderanträgen einzuberufen. Diese Fachstellen  
654 refinanzieren sich binnen kurzer Zeiträume, da sie Unternehmen, Verbänden und  
655 kommunalen Einrichtungen zu einem erfolgreichen Antrag von Fördermitteln helfen,  
656 ebendiese wurden in der Vergangenheit nicht genügend in Sachsen-Anhalt  
657 abgerufen.

## 658 **8 Soziale Kommunen als Basis für Gerechtigkeit** 659 **vor Ort**

660 Sozial gerechte und nachhaltige Kommunalpolitik erreicht und unterstützt alle  
661 Bürger\*innen in der Kommune. Das gilt besonders für diejenigen in persönlichen,  
662 sozialen, finanziellen und/oder gesundheitlichen Notlagen. Wir sind uns der  
663 finanziellen Herausforderung für unsere Kommunen bewusst, diese Pflichtaufgabe  
664 zu stemmen, aber sie ist ein Kernstück unserer sozialen Gesellschaft.  
665 Solidarität und öffentliche Verantwortung müssen besonders den Vulnerablen der  
666 Gesellschaft gelten, deshalb erfüllt uns das überall beobachtbare Abschmelzen  
667 dieser Pflichtaufgaben innerhalb des vorhandenen Ermessensspielraums mit Sorgen.  
668 Dies gilt vor allem mit Blick auf Schuldner\*innen, Sucht- und  
669 Gesundheitsberatungen und viele Teile der Jugendhilfe. Wir Bündnisgrüne sehen  
670 diese Leistungen als gesellschaftliche und kommunale Pflichtaufgaben und räumen  
671 ihnen entsprechende Priorität ein.

672  
673 Angebote der Kinder- und Jugendhilfe werden vielerorts als freiwillige Aufgaben  
674 benannt. Wir betonen, dass es sich dabei um Pflichtaufgaben unserer Kommunen  
675 handelt. Offene Angebote für Kinder und Jugendliche sind nicht nur als  
676 Freizeitangebote relevant. Sie schaffen sozialen Ausgleich, eröffnen Chancen,  
677 ermöglichen Selbstwirksamkeit und gestaltbare Freiräume. Diese Angebote sind  
678 wichtiger Kitt der Gesellschaft und sorgen nachhaltig für lebenswerte Kommunen  
679 für alle Generationen. Für uns Bündnisgrüne haben sie mindestens den gleichen  
680 Stellenwert, wie Straßenbau und Infrastruktur. Dabei geht es nicht nur um das  
681 Beibehalten bestehender Angebote, sondern auch um dauerhafte und belastbare  
682 Partnerschaften mit freien Trägern und eine progressive Jugendhilfeplanung in  
683 unseren Kommunen.

684 Wie alle Menschen in Sachsen-Anhalt besorgt uns die immer schwieriger werdende  
685 Gesundheitsversorgung in Sachsen-Anhalt. Kommunen und Kreise sollen in  
686 regionalen Gesundheitskonferenzen Lösungen finden, um die bedarfsgerechte  
687 Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Das kann und wird zukünftig nicht immer  
688 mit niedergelassenen Ärzt\*innen funktionieren. Mit einer neuen gesetzlichen  
689 Rahmenbedingung auf Bundesebene bietet sich eine größere Flexibilität, um auch  
690 sektorenübergreifende Strukturen zu entwickeln. Wo Kliniken vor Ort sind, erst  
691 recht solche in kommunaler Trägerschaft, können und sollen diese, zum Beispiel  
692 über MVZs oder integrierte Notfallpraxen eingebunden werden. Aber auch kommunale  
693 Gesundheitszentren, Gemeindepraxen mit routierenden Sprechstunden,  
694 Pflegeambulanzen oder interprofessionelle Polikliniken können vor Ort gute  
695 Versorgung organisieren.

696 Wir setzen auf Pflege im Quartier und nehmen die Kommunen in die Pflicht, Wohn-  
697 und Betreuungsformen zu erproben und zu gestalten, die Menschen jeden Alters ein  
698 gemeinsames Leben in den Kommunen erlaubt.



699 Die Budgetierung der kommunalen Leistungen im Sozialbereich, die nicht selten zu  
700 einer Unterversorgung führt, muss abgebaut werden. Öffentliche Freizeitangebote  
701 müssen im Sinne der Teilhabestärkung für alle erreichbar und nutzbar sein.  
702 Gleichzeitig müssen Angebotsstrukturen, da wo es möglich ist, auch über  
703 kommunale Wirkungskreise hinaus interkommunal vernetzt werden.

704 Gesundheitliches Wohlbefinden schließt ebenfalls den Teilbereich sexueller  
705 Gesundheit ein. Nach wie vor ist bei vielen Menschen das Unwissen über HIV/AIDS  
706 und andere sexuell übertragbare Infektionen, die Tabuisierung des Sprechens über  
707 Sexualität sowie die Stigmatisierung normabweichender sexueller Lebensweisen  
708 ausgeprägt. Hier gilt es mit einer vorurteilsfreien, sensibilisierten  
709 Präventionsarbeit anzusetzen, die verschiedene Lebenswelten akzeptiert.  
710 Selbsthilfeinstitutionen und -projekte müssen finanziell gefördert und  
711 abgesichert werden. Hier gilt es die Arbeit der Beratungsstellen in den größeren  
712 Kommunen, auch mit Angeboten für die breite Fläche des Landes zu verknüpfen.

713 Für uns ist Zuwanderung ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Sachsen-Anhalt. Wir  
714 setzen daher auf die Integration von Migrant\*innen vor Ort. Die gelebte und  
715 vielfältige Willkommenskultur der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Kommunen  
716 dabei in vielen freiwilligen Initiativen starke Partner haben. Diese Initiativen  
717 brauchen Unterstützung und Wertschätzung für ihre Arbeit, aber auch  
718 hauptamtliche Unterstützung inner- und außerhalb kommunaler Verwaltungen.

719 Spracherwerb und die Chancen einer funktionierenden Nachbarschaft sind die  
720 Schlüssel zum Ankommen in unserer Gesellschaft. Sprach- und Integrationskurse  
721 müssen in ausreichender Zahl angeboten werden und so gestaltet sein, dass sie  
722 insbesondere für Menschen, die Angehörige pflegen oder Kinder betreuen,  
723 erreichbar sind. Gemeinsame Begegnungsorte sind dabei von besonderer Bedeutung,  
724 nicht nur für die Integration, sondern auch für den grundsätzlichen Zusammenhalt  
725 in Stadt und Land.

## 726 **9 Kommunen in Bewegung bringen – Sportlandschaft** 727 **fördern**

728 Die Zivilgesellschaft und wesentliche Freizeitangebote werden durch Sportvereine  
729 getragen. Sie leisten eine wichtige Arbeit für den Zusammenhalt der  
730 Gesellschaft. Auch Sportvereine sollen Orte sein, an denen Inklusion und  
731 Integration gelebt wird und gesellschaftlicher Zusammenhalt wirksam sein kann.  
732 Dafür braucht es entsprechende Förderung und Unterstützung der Vereine, die sich  
733 auch innerhalb ihrer Strukturen für Diversität und Vielfaltsförderung einsetzen.  
734 Ein breites Angebot an barrierefrei erreichbaren und kostenlos nutzbaren  
735 Sportmöglichkeiten und Bewegungsorten im öffentlichen Raum bietet eine  
736 attraktive Freizeitgestaltung und macht Gemeinden und Städte lebenswert.

737 Wir erleben im ganzen Land einen schleichenden Verfall öffentlicher  
738 Sportanlagen, in Teilen bis zur Schließung. Dieser Trend muss aufgehalten  
739 werden. Das werden Kommunen nicht alleine schaffen, können dabei aber  
740 unterstützen.

741 Der Vereinssport muss in der Perspektive der Kommunen mehr Aufmerksamkeit  
742 erhalten. Die Netzwerkarbeit mit Kitas und Schulen muss ausgebaut werden,

743 insbesondere wenn der volle Kalender an Ganztagschulen ohnehin einschränkend  
744 für die Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen wirkt.

745 Sport findet nicht nur in Vereinsstrukturen, sondern auch im öffentlichen Raum  
746 statt. Ganz egal ob im Dorf oder in der Stadt, überall ist der Bedarf an  
747 öffentlich zugänglichem Raum für die individuelle sportliche Betätigung  
748 gewachsen. Sportanlagen müssen zunehmend geöffnet werden und  
749 generationsübergreifende Outdoor-Fitnessanlagen oder Leihsportgeräte eine  
750 stärkere Rolle in den Kommunen spielen.

## 751 **10 Kulturelle Vielfalt vor Ort erhalten und** 752 **fördern**

753 Sachsen-Anhalt hat eine ausgeprägte Kulturlandschaft, die wir bewahren und  
754 fördern wollen. Kultureinrichtungen leisten eine essenzielle Arbeit in diesem  
755 Land. Sie sind Orte der Bildung, Begegnung, Persönlichkeitsbildung und  
756 Selbstreflexion – sie können auch als Spiegel der Gesellschaft betrachtet  
757 werden, die sich künstlerisch mit den Entwicklungen unserer Gesellschaft  
758 auseinandersetzt. Kultur ist dabei so vielfältig wie die Gesellschaft, aus der  
759 sie hervortritt. Diese verschiedenen Formen der Kultur gilt es dabei  
760 gleichberechtigt zu erhalten und zu fördern. Dazu gehören neben den Theatern und  
761 Museen auch Konzerte, Bibliotheken, Denkmäler, lokale Geschichte, Vereine und  
762 eine Clubkultur. Aber auch Freiräume, drinnen und draußen, in denen Menschen  
763 Bildende Kunst ausprobieren und ihre Stile & Techniken entwickeln können, dürfen  
764 nicht fehlen.

765 Kultur lebt von Teilhabe, die wir allen ermöglichen wollen und müssen. Kultur  
766 muss dabei auch sozial verträglich gestaltet werden, sodass alle Menschen,  
767 unabhängig ihrer Sozialisation oder finanziellen Möglichkeiten, die Chance haben  
768 teilzunehmen. Angebote und Stätten, die auf der Bühne und hinter den Kulissen  
769 gesellschaftliche Barrieren abbauen, sich um diskriminierungsfreie Darstellung  
770 bemühen und Diversität erlebbar machen, statt Stereotype zu wiederholen, sollten  
771 in der Kulturförderung im besonderen Maße gefördert werden.

772 Ticketpreise müssen so gestaltet werden, dass sie für alle Bürger\*innen  
773 erschwinglich sind. Dabei kann eine bessere Verfügbarkeit von Restkarten eine  
774 Rolle spielen. Die gestalterische Teilnahme an Kunst und Kultur soll zudem  
775 gefördert und Hemmnisse abgebaut werden.

776 Kultur ist nicht nur in den Großstädten Sachsen-Anhalts erlebbar, sondern auch  
777 in ländlichen Räumen. Wir setzen uns deshalb für bedarfsgerechte Angebote in  
778 ländlichen Räumen und in den Städten ein. Diese müssen gleichberechtigt  
779 gefördert werden. Uns ist bewusst, dass vor allem in ländlichen Räumen private  
780 Initiativen und Vereine die große Vielfalt des kulturellen Programms stützen.  
781 Deswegen wollen wir besonders in ländlichen Räumen kulturelle Veranstaltungen  
782 fördern, die privat organisiert werden. Die Förderung des ÖPNV spielt bei der  
783 Teilhabe insbesondere für ältere und junge Menschen sowie Menschen mit  
784 Einschränkungen eine wichtige Rolle, da diese sich durch ein gut ausgebautes  
785 Netz selbstständig bewegen können. Auch können innovative Projekte wie  
786 Bürger\*innendialoge oder Erzählcafés Teil einer ausgeprägten Kulturlandschaft  
787 sein und sollen deswegen von uns unterstützt werden.

788 Wir wollen kulturelle Institutionen vor Ort erhalten. Wir fordern, dass es keine  
789 Schließungen von Kultureinrichtungen in Sachsen-Anhalt gibt, die verschiedenen  
790 Perspektiven Platz zur Darstellung in ihrem Genre machen. Seien es Theater mit  
791 feministischen Stücken und hohem Frauenanteil oder Konzertspielstätten mit  
792 queeren, behinderten, migrantischen und Künstler\*innen of Color oder  
793 Einrichtungen, die auch Kindern und Jugendlichen Platz bieten, sich künstlerisch  
794 auszudrücken.

795 Die bereits bestehenden Institutionen sollen dabei weiterhin gefördert und  
796 ausgebaut werden. Kultur ist ein hohes Gut, das nicht genug gewertschätzt werden  
797 kann. Die Kultureinrichtungen müssen niedrigschwellig für alle Bürger\*innen  
798 erreichbar und zugänglich sein. Wir unterstützen dabei alle Formen der  
799 kulturellen Beteiligung, die das Miteinander und die demokratische Kultur  
800 fördern.

801 Bei der Finanzierung kultureller Veranstaltungen durch Steuergelder und  
802 Fördermittel ist auf Diskriminierungssensitivität zu achten.

## 803 **11 In der Mitte Europas – Europa in den Kommunen** 804 **stärken**

805 Als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN denken wir die Kommunal- und Europapolitik zusammen.  
806 Mit der Kommunalwahl finden auch die Wahlen zum Europäischen Parlament statt.  
807 Wir möchten unsere Städtepartnerschaften, die Frieden und Verständigung auf dem  
808 Kontinent fördern, ausbauen und verstetigen. Wir möchten das europäische  
809 Bewusstsein der Bevölkerung stärken und ihm Raum geben. Unsere Städte und  
810 Gemeinden schaffen dies auch mit aktiver Teilnahme an Europäischen Themenwochen  
811 wie zum Beispiel der Mobilitätswoche. Kommunale Azubis sollen die Möglichkeit  
812 erhalten, an Erasmus+-Programmen teilzunehmen. Dies steigert die Attraktivität  
813 der Ausbildungsberufe und die internationale Kompetenz unserer zukünftigen  
814 Fachkräfte.